

PDir a. D. Dipl.-Ing. Bernd Schwab  
Bruno-Hirschfeld-Str. 1  
56076 Koblenz

28.03.2001

An

stefan.gruell@landtag.nrw.de  
joerg.essen@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Dr. Grüll,  
Sehr geehrter Herr van Essen,

mit dem beiliegenden Flyer haben die Hundehalter in Rheinland-Pfalz sicherlich ihr Schärfflein dazu beigetragen, dass die hiesige F.D.P. bei der Landtagswahl 1,1 %-Punkte verloren hat.

Ausgangspunkt war ein schockierendes Schreiben des Vorsitzenden der F.D.P.-Landtagsfraktion, Herrn Werner Kuhn, in dem er behauptet hat, dass unsere Hunde „einen genetischen Defekt in sich tragen“.

Wir hoffen jetzt, dass ihn das Wahlergebnis eines Besseren belehrt hat und richten unseren Blick nach vorne auf die nächste Bundestagswahl.

Wenn die F.D.P.-Bundestagsfraktion ihr Versprechen einhält, und die Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht durchzieht, dann werden sehr viele Hundehalter in Deutschland ihre Stimme der F.D.P. geben. Welch ein massives Potential dahinter steckt, können Sie den gängigen Statistiken entnehmen.

Unsere Aufnahmeanträge in die F.D.P. werden Ihnen am 01.04.2001 beim Landesparteitag in Bochum überreicht. Wir werden dafür sorgen, dass es bis zur Bundestagswahl noch viel mehr werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Interessengemeinschaft gegen  
die Hundeverordnungen in RLP  
I. A. Bernd Schwab

In Rheinland-Pfalz duckt sich die F.D.P. vor der SPD wie eine Hure vor ihrem Zuhälter, verrät den liberalen Gedanken und schadet der F.D.P. bundesweit.

Rheinland-Pfälzische Hundehalter aller politischen Richtungen, die jetzt am eigenen Leibe erfahren mussten, dass Liberalität der wichtigste Garant einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist, haben in der Landes-F.D.P. keinen Ansprechpartner mehr.

Die Normenkontrollklage der F.D.P.-Bundestagsfraktion vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat, unbeachtet der Dauer des Verfahrens, nach Auskunft von Juristen (auch solcher, die nicht in der Pro-Hunde-Bewegung engagiert sind), hochwahrscheinlich in allen Punkten Erfolg.

Die Allianz der größten Hundehasser in politischen Machtpositionen wusste das immer schon.

Deshalb auch deren Eile, bis zur Konsolidierung EU- und verfassungskonformer, juristisch einwandfreier Regelungen, Tatsachen zu schaffen und möglichst viele Hunde, die äußerlich dem von der Springer-Presse entworfenen Feindbild entsprechen, aus dem Straßenbild zu entfernen. (Vergleichbar den US-amerikanischen Bürgermeistern, die Obdachlose aus den Citys in die Vororte evakuieren.)

Der Beifall des Pöbels, dem die Abschottung vor Problemen wichtiger ist, als deren Lösung, ist ihnen hier wie dort sicher.